

**BAVC-KONJUNKTURUMFRAGE****JEDER ZWEITE BETRIEB SIEHT EXISTENZ GEFÄHRDET**

Die wirtschaftliche Lage der Chemie- und Pharmabranche spitzt sich immer weiter zu: Jeder zweite Betrieb fürchtet aktuell um seine wirtschaftliche Existenz. Im Fokus stehen dabei neben der Versorgungssicherheit vor allem die Kosten für Gas und Strom. Steigen diese weiter, geraten 40 Prozent der Unternehmen in existenzielle Schwierigkeiten. Wenn die Preise für Energie auf dem jetzigen Niveau bleiben, steht jeder fünfte Betrieb vor dem Aus. Allein in diesen Unternehmen arbeiten mehr als zehn Prozent der Beschäftigten. Diese Arbeitsplätze sind akut gefährdet. Vor allem Unternehmen aus dem industriellen Mittelstand mit 200 bis 1.000 Beschäftigten wären hiervon betroffen.

**Weitergabe steigender Kosten kaum möglich**

Hinzu kommt, dass die Margen in der gesamten Branche unter Druck sind: Kaum einem Unternehmen gelingt es noch, steigende Preise vollständig an die Kunden weiterzugeben. Drei von vier Unternehmen konnten im September bestenfalls die Hälfte der eigenen Mehrkosten weiterreichen. Eine weitestgehende oder vollständige Weitergabe der hohen Energie- und Rohstoffpreise gelingt derzeit nur knapp 6 Prozent der Betriebe, also jedem 17. Unternehmen.

Entsprechend kritisch schätzen die Unternehmen ihre Lage ein: Im September bewerteten 46 Prozent der Unternehmen die eigene wirtschaftliche Situation als „kaum befriedigend“ oder sogar „schlecht“. Seit Jahresanfang hat sich der Anteil der Betriebe mit einer negativen Beurteilung der Geschäftssituation damit mehr als verdoppelt. Der Blick nach vorne fällt noch düsterer aus: Sieben von zehn Unternehmen rechnen für die kommenden Monate mit einer weiteren Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Das sind die zentralen Ergebnisse der BAVC-Konjunkturumfrage 2022. An der Umfrage haben sich knapp 400 Unternehmen mit über 230.000 Beschäftigten beteiligt. Der BAVC vertritt insgesamt 1.900 Betriebe mit 580.000 Beschäftigten.

**Stiller: „Standort und Beschäftigung so schnell wie möglich stabilisieren“**

„Dieses Stimmungsbild ist mehr als ein Alarmsignal, es ist ein Hilferuf der gesamten Branche“, resümiert BAVC-Hauptgeschäftsführer Klaus-Peter Stiller. „Die Politik muss so schnell wie möglich Maßnahmen aufsetzen, die Standort und Beschäftigung stabilisieren. Vor allem brauchen wir Planungssicherheit durch einen Schutz gegen die Kostenlawine bei Strom und Gas. Was dort aktuell passiert, ist von einem normalen Marktgeschehen so weit entfernt, dass die Unternehmen dies aus eigener Kraft nicht stemmen können.“ Der Chemie-Standort Deutschland habe seit Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine massiv an Wettbewerbsfähigkeit verloren. „Jede Anlage, die jetzt heruntergefahren werden muss, droht zu einer Industriearbeit zu werden. Das müssen wir gemeinsam mit der Politik verhindern, sonst droht ein dauerhafter Verlust von Arbeitsplätzen.“

Auch die Sozialpartner sieht Stiller in der Pflicht: „Die IG BCE muss endlich auch tarifpolitisch in den Krisenmodus schalten und ihre Erwartungen an die dramatische Lage der Branche anpassen. Zusätzliche dauerhafte Kostensteigerungen sind in der Breite der Branche derzeit nicht tragbar.“ Die Wettbewerbsfähigkeit wie auch die Geschäftserwartungen hätten sich seit der Brücken-Regelung vom April deutlich verschlechtert. „Wenn der Verzicht auf dauerhafte Tarifsteigerungen im Frühjahr richtig war, ist er es in diesem Winter erst recht. Wir brauchen einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, kein Wettrennen um Lohnprozente.“